

# Nannhofer Nachrichten

Ortsblatt für Albrechtshain, Annelschhain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Großsteinberg, Kleinsteinstenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staubnitz, Threna und Umgegend.

**Bezugspreis:**  
Frei ins Haus durch Ausbringer  
Mk. 1.20 vierteljährlich.  
Frei ins Haus durch die Post  
Mk. 1.30 vierteljährlich.

Mit einer vierseitigen  
Illustrierten Sonntagsbeilage



Verlag und Druck:  
**Günz & Eule, Nannhof.**  
Redaktion:  
**Robert Günz, Nannhof.**

**Ankündigungen:**  
Für Inserenten der Amtshauptmannschaft Oranien 12 Pfg. die fünfspaltige Zeile, an erster Stelle und für Anzeigen 15 Pfg.  
Bei Wiederholungen Rabatt.

Die Nannhofer Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags 5 Uhr mit dem Datum des nachfolgenden Tages. Schluß der Anzeigenannahme: Donnerstags 11 Uhr am Tage des Erscheinens.

Nr. 22.

Mittwoch den 21. Februar 1912.

23. Jahrgang.

## Bekanntmachung.

Nr. 1 des Verordnungsblattes vom Jahre 1912 des Ev.-luth. Landeskonsistoriums für das Königreich Sachsen liegt vom 19. Februar ds. Js. an 14 Tage lang in der Kirchenexpedition zur Einsichtnahme für die Glieder der hiesigen Kirchengemeinde aus.

**Ev.-luth. Pfarramt Nannhof.**  
Pfarrer Herbig.

## Der Kaiser empfängt das Reichstagspräsidium nicht.

Zu der Ablehnung des Empfangs der beiden dem Reichstagspräsidium angehörenden Herren Raempf (Präsident) und Geheimrat Dove (zweiter Vizepräsident) wird aus parlamentarischen Kreisen geschrieben:

Die Zahl der peinlichen Situationen, in die der Reichstag durch die Wahl eines Sozialdemokraten in das Präsidium verwickelt worden ist, hat eine neue Verzerrung erfahren: der Empfang der Herren Raempf und Dove beim Kaiser ist abgelehnt worden, und zwar auf ausdrücklichen Rat des Reichskanzlers hin. Das sozialdemokratische Mitglied des Präsidiums, der erste Vizepräsident Herr Scheidemann, geht nicht zu Hofe, um die Audienz zu suchen, also nur die beiden anderen Herren nach; und diese beiden sind nicht mehr „das Präsidium“, sondern eben zwei sehr achtbare Herren, die im parlamentarischen Nebenamt auf vier Wochen Mitglieder des Präsidiums geworden sind. Der Kaiser hat keine Veranlassung, die Herren Raempf und Dove, wenn sie allein kommen, zu empfangen; auch im bürgerlichen gesellschaftlichen Leben würde es natürlich als Affront empfunden werden, wenn beispielsweise irgend jemand in einer Familie Besuch macht, seine Frau aber sich beharrlich weigert, mit „solchen Leuten“ etwas zu tun zu haben. Da muß entweder der Verkehr eingestellt oder der Frau der Kopf zurechtgestellt werden, in diesem Falle also der Sozialdemokrat erklärt werden, daß das Mitgehen zum Kaiser zu den elementaren Anstandsregeln gehöre, die ein Präsident zu erfüllen habe.

Natürlich wird es auch Leute geben, die da meinen, man hätte bei Hofe ruhig auch ein Kumpfpräsidium empfangen können. Um so dankenswerter ist es, daß der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg sofort veröffentlicht läßt, er sei es, der als verantwortlicher Staatsmann den Beschluß des Kaisers angeregt habe. Man wird also diesmal nicht, wie schon so häufig ungerichtet von einer „impulsiven“ Entscheidung des Kaisers sprechen können, denn er erscheint, um ein Wort Bismarcks zu gebrauchen, mit ministeriellen Bekleidungsstücken. Der Monarch selbst stellt bei dergleichen Dingen keine Persönlichkeit hinter der Pflicht vollkommen zurück: als 1896 das Reichstagspräsidium zurücktrat, weil die Mehrheit die Ehrung des achtzigjährigen Bismarck abgelehnt hatte, und die Herren v. Bülow und Spahn als Ersatz antraten, kam es, da das ja mitten in der Session passierte, natürlich nicht zu dem Gang zu Hofe; aber trotz dieser fehlenden „Antrittsvisite“ und der persönlichen Verärgerung erhielten beide Herren prompt die Einladung zu allen Hoffesten. Der Herr Raempf-Dove, der sich jetzt aus dem Fall Scheidemann entwickelt hat, ist nicht hochtragisch, aber doch sehr peinlich. Aber es ist immerhin möglich, daß nach 2 1/2 Wochen wieder eine Änderung im Präsidium eintritt und dadurch freie Bahn geschaffen wird.

## Zum Tode des Grafen Hehrenthal.

Mit dem Tode des österreichisch-ungarischen Ministers des Äußeren, Grafen Alois Lega v. Hehrenthal hat eine lange und erfolgreiche staatsmännliche Tätigkeit ihr Ende erreicht.

Als österreichisch-ungarischer Minister des Äußeren hat er es sich nicht besonders angelegen sein lassen, in ein freundliches Verhältnis zu Rußland zu kommen. Im Gegenteil, Rußland wandte sich Frankreich zu, es kam zu dem unnatürlichen russisch-französischen Bündnis. Glücklicher war er mit der

**Annexion Bosniens und der Herzegowina.**  
wobei allerdings in Betracht gezogen werden muß, daß die „Reibungentreue“ Deutschlands den Bestand dieses Bundes erst möglich machte. Die Hoffnung, daß mit der Beilegung der Balkankrise wieder ein besseres Einvernehmen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland hergestellt werden würde, verwirklichte sich nicht. Allerdings lag dies nicht an Hehrenthal, sondern an dem damaligen russischen Minister des Äußeren, Iswolski. Erst als dieser nach Paris abgehoben worden war, ebneten sich langsam die Wege zwischen Petersburg und Wien. Gegen Italien war Hehrenthal auch nicht besonders glücklich, da er diesem Staate gegenüber ein so auffälliges Verhalten um die Freundschaft zutage legte, daß ihm von militärischer Seite der ein Dämpfer auferlegt werden mußte.

Sein Verhältnis zu Deutschland war kein kühles, immerhin liebte er es manchmal an Wärme zu fehlen. Gewiß war er ein entschiedener Anhänger des Dreibundes, trotzdem gelang es ihm nicht, den Drei-

bundgedanken erheblich zu stärken. Bei der letzten Marokkokrises trat dies recht deutlich in die Erscheinung. Dazu kam, daß der deutsche Botschafter in Wien, v. Tschirch und Bögendorff, sich durchaus nicht des kollegialen Wohlwollens und der persönlichen Sympathie des Grafen Hehrenthal erfreute, was zwar kein unbedingt diplomatisches Erfordernis ist, aber doch zur Pflege guter Beziehungen viel beiträgt.

Der Arbeitskraft des Grafen Hehrenthal und seines Pflichtgefühls bis zum Tode wird man die Hochachtung nicht verlagern dürfen. Er hat sich im Dienst seines Landes verdient. Sein kaiserlicher Herr hat in Würdigung dieses Umstandes verfügt, daß die Leiche des Grafen auf Kosten des Hofes beklattet werden soll. Den letzten Dispositionen zufolge findet das Begräbnis Donnerstag um 1/3 Uhr nachmittags in Annelschhain bei der Villa des Kaisers und kaiserlicher in Wien weilenden Erbsärge statt. Nach der Einlegung wird die Leiche auf dem Bahnhofsplatz und mittels Sonderzuges nach dem Familienbesitz der Grafen Hehrenthal in Böhmen, Doran, transportiert, wo Freitag nachmittags die definitive Beerdigung stattfindet. — Kaiser Wilhelm, der Reichskanzler, Staatssekretär v. Riberien-Wächter und andere hohe Berionen sandten Beileidstelegramme. Auch aus Italiens diplomatischen Kreisen trafen Beileidsbesegungen ein.

## 19. Generalversammlung des Bundes der Landwirte.

in Berlin, 19. Februar.  
Wiederum zeigt sich im „Sportplatz“ an der Potsdamer Straße das alte Bild: Der Riesenraum, auch die erste Galerie, sind bis auf den letzten Stehplatz besetzt. Die Stimmung ist angeregt und die Redner finden dankbaren und freudigen Widerhall.

Der Bundesvorsitzende Hr. Hoefide bemerkt einleitend, daß die glänzende Geschlossenheit der heutigen Versammlung nicht den Eindruck erwecke, als ob der Bund der Landwirte seit dem Ausgange der Reichstagswahlen auf dem Boden liege. (Zu Ehren verstorbenen Bundesvorsitzender erhebt sich die Versammlung um ihren Eid.) Der Danabund habe genau das Gegenteil seiner Wünsche erreicht, denn Handel und Gewerbe seien im neuen Reichstage um 16 Prozent schwächer vertreten als früher. Der Reichskanzler unterschätze vielleicht die Gefahr der Sozialdemokratie. Rechtzeitig müßte die Regierung gegen revolutionäre Bestrebungen mobil machen, ehe es zu spät sei. Mit dem Gelddiebstahl der Treue gegen den Kaiser und gegen die deutschen Fürsten bringt Dr. Hoefide ein Hoch auf den Kaiser aus, daß die Versammlung mit spontaner Abfindung von „Heil Dir im Siegertranz“ beantwortet.

Freiherr v. Wangenheim, der andere Bundesvorsitzende, erklärt, man habe bei den letzten Wahlen die Sintflut gegen den Bund der Landwirte mobil gemacht. Aber die Sintflut sei eine reinliche Sache gewesen gegen diese Schmutzflut aus den Kloaken der Großstadt, die auch nicht reinlicher geworden sei durch den Zufluß des Goldes vom Danabund. Die schweren Verluste des Bundes der Landwirte bei der letzten Reichstagswahl sind zum großen Teil seine eigene Schuld, weil er die Liberalen überschätzt und ihnen das Bündnis mit der Sozialdemokratie nicht zugestimmt habe. Die Reichsfinanzreform hat man benutzen wollen, um die Landwirtschaft wirtschaftlich zu ruinieren, während die preussische Wahlreform dazu dienen sollte, die lebhafte Bevölkerung politisch zu ruinieren. Die Arbeiterbevölkerung soll nicht vergessen, daß sie nicht nur Rechte, sondern daß sie auch Pflichten habe. Als bei Besprechung der nationalliberalen Unterstützung der Wahl eines Sozialdemokraten ins Reichstagspräsidium zahlreiche „Psittakus“ ertönen, rügt dies der Redner. Man solle vielmehr herzlich bedauern, daß viele Tausende deutscher Männer, die ganz auf dem monarchischen Standpunkte der Versammlung stünden, sich von einem demokratischen Führer so in die Irre leiten lassen. Der Redner tadelt die lässige Haltung der Reichsregierung und die mittelbare Förderung des Umsturzes durch einzelne bundesstaatliche Regierungen und schließt mit vertrauensvollem Blick in die Zukunft. (Stürmischer Beifall.)

Nach einem kurzen Bericht der Revisionskommission erhält das Wort der Direktor des Bundes

Herr Dr. Diederich Dahn.  
Er läßt alle Anwesenden ein, einmal das neue, in diesem Jahre fertiggestellte Haus des Bundes am Döberplatz zu betrachten, in welchem hoffentlich noch viele spätere Generationen zum Heile der deutschen Landwirtschaft wirken würden. Bei Besprechung der Reichsfinanzreform tadelt Dr. Dahn den Reichskanzler, der erst einige anglicke Worte gefunden habe, als es zu spät war. Daß 110 Sozialdemokraten in den Reichstag eingezogen seien, sei einzig und allein die Schuld der Regierung. Als Dr. Dahn mit einem Hoch auf Deutschland schließt, erhebt sich die Versammlung und singt: „Deutschland, Deutschland über alles!“ Aus der Mitte der Versammlung

wurde Dr. Dahn ein stürmisch aufgenommenes Hoch gebracht.

**Rittergutbesitzer v. Oldenburg-Jannasch** spricht über die Reichstagswahlen. Von der Höhe des Wahlkampfes haben alle etwas gemerkt, mit einziger Ausnahme der „Nordd. Allg. Ztg.“, die das ruhige Kampfesformen nannte.

Die Vermittlung im Deutschen Reiche rühre zum großen Teile daher, daß man den ministeriellen Erklärungen nicht mehr dasselbe Maß an Vertrauen schenken könne wie früher. Die Sozialdemokraten müssen raus aus den Vorzimmern der Regierung! (Stürmischer Beifall.) Der zerfallenden nationalliberalen Partei zuliebe dürfe der Reichskanzler die Urbanfallsteuer nicht zum Gehirterhut für die rechtsstehenden Parteien machen. Die Freireligösen gehören zur Sozialdemokratie: „Ist ewig ungedeilt“. Schließlich werde doch wieder der Siegertranz erhalten: „Dennoch steigt du, Nazarener!“ (Beifall und Hochrufe!)

**Landtagsabgeordneter Pfarrer Gedenroth:**  
4 1/2 Millionen sozialdemokratische Stimmen, 110 sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, ein sozialdemokratischer Reichstagsvizepräsident, es ist uns, als mühten die Schatten unserer Väter aus ihren Gräbern heraufzusteigen. Im weiteren Verlauf der Verhandlung kommt dann zum Wort Herr Levetzow-Sielbeck, der gegen den Danabund spricht, Herr Camenzind-Weipzig, Vorsitzender des deutschen Stahlweiserbundes, der auf die Einigkeit seiner Berufsgenossen mit dem Bund der Landwirte hinweist. Chefredakteur und Reichstagsabgeordneter Dr. Dertel führt aus, nur eine reine Klasse verbürge die Volksovermehrung und nur die Landwirtschaft verbürge die Erhaltung der germanischen Rasse gegen die Überflutung durch minderwertige fremde Rassen. Die Sozialdemokratie gehöre überhaupt nicht in den Reichstag.

**Nachdem die Resolution,** in welcher die von den einzelnen Tagesrednern ausgeführten Gedanken niedergelegt waren, einstimmig angenommen worden war, hielten noch die Herren Landwirt Bind-Riederichsheim, Herr v. Hobeleschwings-Schwarzengasse, Guttsbesitzer Rednagel-Straußmühle, Guttsbesitzer Kamm-Dolzenge und andere kurze Ansprachen.

Die Riesenversammlung blieb bis zum Schluß in begeisterter Stimmung beisammen. Bezüglich der Mitgliederzahl teilt der gedruckt zur Verteilung gebrachte Geschäftsbericht allgemein mit, daß sie seit der letzten Generalversammlung um Tausende zugenommen habe.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

Die vielen Erkrankungen im Verlauf der letzten Zeit haben naturgemäß die Krankenkassen ganz außerordentlich belastet. Es ist daher begreiflich, daß die Krankenkassen bestrebt sind, durch entsprechende Maßnahmen die Inanspruchnahme zu verringern, und zwar in der Hauptsache durch Belehrung der Ärzte, bei der Krankenschreibung von Krankenkassenmitgliedern die peinlichste Rücksicht walten zu lassen, damit die Kassen von Arbeitslosen nicht ausgebeutet werden. Bemerkenswert ist ein Schreiben der Allgemeinen Ortskrankenkasse an den Verein Berliner Kassenärzte. Es heißt darin u. a.: „Es befindet sich augenscheinlich unter den Krankengemeldeten ein ganz beträchtlicher Teil Beschäftigungsloser. Wir sind nun weit entfernt davon, die Ansprüche unserer kranken Mitglieder zu schmälern, können jedoch nicht ruhig zusehen, wie unsere Kasse von einem großen Teil als Notanker bei Arbeitslosigkeit benutzt wird, und bitten Sie, die Mitglieder Ihres Vereins dringend zu ersuchen, in jedem einzelnen Falle mit ganz besonderer Sorgfalt zu erwägen, ob die Beschwerden des Patienten es nötig machen, ihn arbeitsunfähig zu schreiben.“

Im preussischen Abgeordnetenhaus ist ein Antrag auf Abänderung des Einkommensteuergesetzes eingebracht worden. Die Staatsregierung wird um alsbaldige Abänderung des § 8 des Einkommensteuergesetzes dahin ersucht, daß die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer als Werbungskosten in voller Höhe von dem steuerpflichtigen Einkommen in Abzug gebracht werden können.

Der Entwurf eines Schutztruppengesetzes ist dem Reichstage zugegangen. Er enthält u. a. die Bestimmung, daß die Ableitung der Dienstzeit sowie der nachfolgenden Übungen bei der Schutztruppe zulässig ist. Auch wird ein Beurlaubtenstand gebildet. Viele andere Bestimmungen sind erweitert worden.

Das Regulierungsgesetz zur Verhinderung der Verfallung von ländlichem Grundbesitz in nationalisierteren Gebieten ist nunmehr dem preussischen Staatsministerium zugegangen. Durch das Anleihegesetz vom Jahre 1906 wurde ein Fonds von 75 Millionen bereitgestellt zur Verfallungsbeseitigung bäuerlichen Grundbesitzes und außerdem ein besonderer Fonds von 50 Millionen für Regulierung von Großgrundbesitz. Dieser Aufgabe haben sich seit dem Jahre 1904 bzw. 1906 die Deutsche Bauernbank und die Mittelstandskasse mit sehr gutem Erfolg gewidmet, so daß die Absichten, die das Anleihegesetz mit diesem Fonds erreichen wollte, auch tatsächlich erreicht